

Sievers, Norbert: Projekte – Eine Karriere mit Knick. Tendenzen und Konsequenzen der Neuen Kulturpolitik

Nexum: Februar 2004/ Heft 12

Aus der Geschichte der Neuen Kulturpolitik, die in den 70-er Jahren als Reformprojekt begann, um die öffentliche Kulturförderung und institutionelle Kulturvermittlung zu demokratisieren und zu modernisieren, kann gelernt werden, wie gute Ideen und Arbeitsansätze scheitern können, obwohl sie mit breiter Unterstützung und im Konsens vieler Akteure entwickelt und eingesetzt worden sind. Es hat den Anschein, als habe die Projektförderung ein ähnliches Schicksal zu teilen. Die tendenzielle Umsteuerung von der institutionellen Subventionierung kultureller Einrichtungen in die zeitlich befristete Förderung kultureller Projekte hat in der jungen Geschichte der Neuen Kulturpolitik bereits einige Höhen und Tiefen durchlebt. Immer dann, wenn das Geld knapp wird, hat sie offenbar einen schweren Stand.

1. Die Projektmethode und die Neue Kulturpolitik

Die Projektmethode und die Projektförderung haben im bildungs- und kulturpolitischen Reformprozess eine besondere Bedeutung. Der Begriff »Projekt« geht zurück auf die US-amerikanische Philosophie des Pragmatismus und hat vor allem in dem Pädagogen John Dewey einen ihrer Väter (vgl. Baer/Fuchs 1992, S. 154ff.). In Deutschland wurde diese Arbeitsmethode Ende der 1960-er und zu Beginn der 1970-er Jahre populär, um neue Formen sozialen Lernens zu entwickeln. Programmpunkte des damaligen Reformkonzeptes für projektorientiertes Lernen waren: Beteiligung der Schüler an Unterrichtsplanung und -durchführung, problem- und produktorientiertes, die eigene Erfahrungswelt einbeziehendes Lernen, Interdisziplinarität, Öffnung der Schule nach außen, kurz die Überwindung der künstlichen Dichotomie von Theorie und Praxis, Leben und Lernen, von Erkennen und Handeln (vgl. Mayrhofer/Zacharias 1976, S. 155ff.). Die Schüler sollten zu selbsttätigen Subjekten ihrer Lernprozesse werden.

Diese kurze Skizze der Essentials projektorientierten Lernens und Arbeitens soll daran erinnern, dass die Renaissance der Projektmethode im Kontext der

Bildungs- und Kulturreform auch im Zusammenhang mit den seinerzeitigen Demokratisierungsbestrebungen zu sehen ist. Projektarbeit galt als Möglichkeit, demokratische Partizipation in Schule, Weiterbildung und in den Universitäten zu lernen, um die »Adressaten« handlungsfähig zu machen für eine demokratische und noch weiter zu demokratisierende Gesellschaft. Solche emanzipatorischen Reformintentionen, die die Kritik an etablierten Institutionen und den Wunsch, überkommene Strukturen aufzubrechen, einschlossen, gab es damals in vielen gesellschaftlichen Bereichen – auch und gerade in der Kulturpolitik.

Es war vor allem die so genannte Neue Kulturpolitik, die neben der Unterhaltung der öffentlichen Kultureinrichtungen die Entwicklung und Förderung soziokultureller Alternativen vorsah, die die Projektmethode förderte, um inhaltliche und strukturelle Innovationen im System der Kulturpolitik zu ermöglichen. Da die etablierten Einrichtungen sich dafür nur begrenzt eigneten oder öffnen ließen, boten sich die außerinstitutionellen soziokulturellen Felder geradezu an, um mit zeitlich befristeten Förderungen kulturpolitische Experimente zu wagen. Auf diese Weise sind viele neue Ansätze und Einrichtungen der Kulturarbeit entstanden. Auch die Kultur- und Medienpädagogik geht u.a. auf solche Impulse und Unterstützungen zurück. Zu konstatieren ist also, dass die Projektarbeit sich zwei Entwicklungen verdankt: der Suche der Praktiker/innen nach neuen Formen und Inhalten der Kulturarbeit und dem Interesse der Kulturpolitik an neuen Infrastrukturen und Vermittlungsformen jenseits der tradierten Institutionen.

2. Projektförderungen als kulturpolitische Strategie

Im Rückblick auf die letzten drei Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts kann zunächst konstatiert werden, dass es in der Kulturpolitik einen Perspektivenwechsel von einer eher etatistischen, also staatlich gesteuerten, hin zu einer stärker pluralistischen Kulturpolitikkonzeption gegeben hat. Vor allem in den 1990-er Jahren schien es, als hätte die Kulturpolitik ein neues Projekt – den »aktivierenden Staat«. Seitdem kommt kaum ein Beitrag, der sich mit den Aufgaben dieses Politikbereichs auseinandersetzt, ohne den Hinweis aus, dass der Staat sich zurückzunehmen hat, wo die Bereitschaft zum Engagement beim

Bürger wächst. Er soll nicht mehr alles selbst machen, sondern vielmehr im Sinne einer aktivierenden Entwicklungsagentur die Rahmenbedingungen für Freiwilligenarbeit und Eigeninitiativen, Mäzenatentum und Spendentätigkeit, kurz: für eine aktivere Bürgerkultur verbessern. Damit geraten jene Institutionen und Agenturen der Zivilgesellschaft in den Blick, die bürgerschaftliches Engagement motivieren, bündeln und organisieren, also z.B. Vereine, Stiftungen und Kulturinitiativen.

Angesichts offenbar brachliegender Ressourcen im Bereich des freiwilligen Engagements und der eigenen Steuerungs- und Finanzierungsprobleme will der Staat seine Rolle neu definieren und neben seiner Funktion als öffentlicher Leistungsanbieter vorhandene oder vermutete Engagementpotenziale in der Gesellschaft erschließen, um die öffentlichen Haushalte zu entlasten. Dabei sind weniger hoheitliche Interventionen als ordnungspolitische Rahmenbedingungen und ermöglichende Strategien gefragt. Im Kontext dieser Politikkonzeption erhält die Projektförderung insofern einen neuen oder erweiterten Sinn, als es dabei nicht mehr nur primär um inhaltliche oder institutionelle Innovationen geht, sondern um ein Instrument im Baukasten einer »befähigenden« Politik, die vor allem darauf orientiert ist, freigemeinnützige Träger – häufig zeitlich befristet – zu unterstützen, ohne selbst allzu große finanzielle Verpflichtungen einzugehen.

Die ordnungspolitische Logik dieses Perspektivenwechsels besteht also darin, dass sich der Staat als Leistungsproduzent zurücknimmt und sich auf seine Gewährleistungs- und Unterstützungsfunktion konzentriert. Parallel dazu wächst die Bedeutung privat-kommerzieller und frei-gemeinnütziger Akteure, die im Sinne einer »Verantwortungspartnerschaft« mehr Aufgaben übernehmen oder Bedarfslücken schließen. Eine neue Mischung aus staatlicher Gesamtverantwortung und bürgerlicher Selbsttätigkeit soll nicht weniger Staat, sondern einen anderen Staat begründen. Damit diese Option Wirklichkeit werden kann, bedarf es jedoch gesellschaftlicher Akteure und Koproduzenten öffentlicher (Dienst-) Leistungen, die die vormals staatlichen oder kommunalen Aufgaben in eigener Regie übernehmen können. Und es bedarf funktionierender Anreizsysteme, um das freiwillige und gesellschaftliche Engagement positiv zu sanktionieren bzw. zu aktivieren. Projektförderungen sind ein wichtiger Ansatz im Arsenal dieser Anreizpolitik.

Schon in den 1970-er und 1980-er Jahren sind in vielen Kommunen, Ländern und auch auf Bundesebene Förderstrukturen (z.B. Feuerwehrfonds, Projektöpfe) entstanden, die – allerdings noch in bescheidenen

Größenordnungen – zur Förderung von Projekten zur Verfügung standen. Besonders zu erwähnen sind hier die mit Bundesmitteln ausgestatteten selbstverwalteten Kulturförderfonds (Deutscher Literaturfonds, Kunstfonds sowie Fonds Soziokultur und Fonds Darstellenden Künste), weil diese Idee der Kulturförderung in Selbstverwaltung auch auf Landes- und kommunaler Ebene Nachfolger gefunden hat (vgl. Sievers 1999). In den 1990-er Jahren hat sich die Entwicklung, Kulturförderung durch nicht-staatliche Träger (z.B. auch Stiftungen) und in privaten Rechtsformen zu organisieren, fortgesetzt, so dass es heute ein kaum noch zu überschauendes Netzwerk frei-gemeinnütziger, privater, halbstaatlicher und staatlicher Einrichtungen gibt, die Kunst und Kultur fördern. Gleichzeitig sind die Möglichkeiten, dauerhafte Finanzierungen zu erhalten, geschrumpft, sodass im Ergebnis eine Situation entstanden ist, in der immer mehr »freie« Kultureinrichtungen eine gemischte und fragile Finanzierungsstruktur aufweisen, insoweit sie ihre Aufwendungen aus unterschiedlichen Geldquellen aufbringen müssen. Ihre Abhängigkeit von projektbezogenen Förderungen ist dabei gestiegen.

3. Von der aktivierenden zur demotivierenden Kulturpolitik

Gegenwärtig erleben wir, so scheint es, eine neue Wende in der öffentlichen (Kultur-)Politik, die die Philosophie des aktivierenden Staates und das ordnungspolitische Modell, das damit verbunden ist, auf den Kopf stellt. Unter dem Eindruck der finanziellen Krise wird in den Kommunen und in den Ländern der Rotstift angesetzt. Dabei geht es jedoch nicht mehr nur um Kürzungen einzelner Etatpositionen, die es auch in früheren Jahren und Jahrzehnten gegeben hat. Strukturell wird in einigen Bereichen vielmehr eine Art Flurbereinigung erkennbar, der vor allem solche Einrichtungen und Projekte zum Opfer fallen, die im Kontext der neuen sozialen Bewegungen entstanden sind. Die Sparpolitik in Nordrhein-Westfalen ist dafür ein Beispiel (vgl. Sievers 2003). Wenn der Finanzminister dort vorgibt, im Doppelhaushalt 2004/05 im ersten Jahr 20 Prozent und im zweiten Jahr 40 Prozent im Bereich der Personalkostenzuschüsse und institutionellen Förderungen einzusparen und die Projektmittel noch weiter abzuschmelzen, dann offenbart sich darin ein überwunden geglaubtes, ordnungspolitisches Verständnis, in dem der Begriff der Subsidiarität vor allem als Aufforderung verstanden wird, sich von den

Aufgaben und Einrichtungen der zivilgesellschaftlichen Akteure möglichst fernzuhalten. Denn es sind ja gerade diese »staatsfernen« Einrichtungen des so genannten »Dritten Sektors«, die zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben dieser Zuwendungen und Unterstützungsleistungen bedürfen. Sollte diese Politik mehrheitsfähig und so umgesetzt werden, wie es zu befürchten ist, dann ginge es bei dieser Sparpolitik nicht mehr nur um ein »Mehr« oder »Weniger« an Angeboten für den Bildungs-, Kulturoder Sozialbereich, sondern um die Glaubwürdigkeit einer Politik, die sich erst vor wenigen Jahren den Organisationen der Bürger im Dritten Sektor als Partner angeboten hat und im Sinne »kreativer Allianzen« (Wolfgang Clement) Bündnisses eingehen wollte. Da wird über Jahre hinweg mehr Bürgerengagement gefordert, der Wechsel in privat-rechtliche Trägerschaftsformen empfohlen und einer Verantwortungspartnerschaft das Wort geredet, um dann von heute auf morgen eine Kehrtwende zu vollziehen, in dem gerade diese nicht-staatlichen Einrichtungen ins Fadenkreuz des Rotstifts geraten. Wer soll das noch verstehen? Dabei geht es nicht darum, dass es nicht auch in den Einrichtungen des Dritten Sektors Fehlentwicklungen gäbe oder kein Sparpotenzial vorhanden wäre.

Womöglich gibt es auch hier einen Reformstau. Die ernüchternde Erkenntnis liegt vielmehr in der Tatsache, dass die vermeintliche Rationalität nordrhein-westfälischer Sparpolitik darin besteht, dass dort gekürzt wird, wo es am leichtesten möglich ist. Und Nordrhein-Westfalen ist hier nur ein Beispiel, in den übrigen Bundesländern ist die Praxis nicht grundsätzlich anders. Diese Politik ist nicht nur kurzsichtig, weil sie strukturell alles beim Alten lässt und sich allenfalls bis zur nächsten Sparrunde aus der Affäre zieht. Viel schlimmer ist, dass sie die eigentlich sinnvolle Strategie aktivierender Politik, die zu nachhaltigen Entlastungen des Staates führen könnte, ohne dass es Leistungseinbußen geben müsste, blamiert, indem sie diejenigen Akteure vor den Kopf stößt, auf die sie als Koproduzenten bei der öffentlichen Aufgabenerfüllung angewiesen ist. Die Delegation und Auslagerung öffentlicher Aufgaben auf private Träger, die damit z.T. nicht unerhebliche persönliche Verantwortung übernehmen, wird auf diese Weise als reine Abwicklungsstrategie diskreditiert, wenn die öffentliche Unterstützung versagt wird, sobald die finanzielle Lage sich zuspitzt. So lässt sich gesellschaftliches Engagement nicht aktivieren und dauerhaft halten. Der Protest der Betroffenen hat in Nordrhein-Westfalen dazu geführt, dass die Politik zumindest die

schlimmsten Auswirkungen abgemildert hat. Es bleibt nur zu hoffen, dass sie auch verstanden hat, was gesellschaftlich und kulturell auf dem Spiel stand.

Literatur

Baer, U. / Fuchs, M.(1992): Arbeitsformen der Soziokultur. In: Sievers, N. / Wagner, B. (Hrsg.): Bestandaufnahme Soziokultur. Beiträge – Analysen – Konzepte, Schriftenreihe des Bundesministeriums des Innern, Bd. 23, Stuttgart, Berlin, Köln, S. 147-171.

Mayrhofer, H. / Zacharias,W. (1976): Ästhetische Erziehung – Lernorte für aktive Wahrnehmung und soziale Kreativität, Hamburg.

Sievers, N. (1999): Die selbstverwalteten Bundeskulturfonds. In: Kulturszene 6, Projektbeispiele 97/98 des Fonds Soziokultur, Bonn, S. 3-12.

Sievers, N. (2003): Quo vadis Kulturpolitik. Anmerkungen zu den gegenwärtigen Kürzungen im Kulturbereich. In: Kulturpolitische Mitteilungen, Nr. 103, IV/2003, S. 20-22.

Dr. Norbert Sievers ist Geschäftsführer der »Kulturpolitischen Gesellschaft« und des »Fonds«